

Thomas Roßbach	CDU
Herr Stefan Fischer	GRÜNE
Herr Stephan Horn	auf Vorschlag der Grünen
Herr Dieter Schöffmann	auf Vorschlag der Grünen
Herr Felix Schneider	auf Vorschlag von DIE LINKE
Herr Robert Wande	auf Vorschlag der FDP

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Horst Thelen	GRÜNE
Frau Polina Frebel	SPD
Herr Stephan Pohl	CDU
Herr Lino Hammer	GRÜNE

Beratende Mitglieder

Frau Liane Bchir	AFD
Herr Thor-Geir Zimmermann	DEINE FREUNDE
Frau Gülgün Durdu	DEIN KÖLN
Herr Heinz Klein	auf Vorschlag der CDU

Herr Schneider, SPD, eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Er übermittelt Herrn Thelen seine Genesungswünsche.

Vor Eintritt in die Tagesordnung verpflichtet er Frau Luisa Bach, Grüne, welche in Vertretung für Herrn Hammer, Grüne, teilnimmt, gemäß den Bestimmungen der Gemeindeordnung.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

- 1 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten**
- 2 Mitteilungen**
 - 2.1 Beantwortung einer mündlichen Anfrage, Hundefreilaufflächen 1770/2015

3 Anfragen

3.1 Mündliche Anfragen

3.2 Schriftliche Anfragen

4 Anregungen und Beschwerden nach § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

4.1 Bürgereingabe gem. § 24 GO, Einrichtung von Wohnmobilstellplätzen unterhalb der Deutzer Brücke / Deutzer Werft (Az.: 02-1600-70/15)
2004/2015

4.2 Bürgereingabe gem. § 24 GO, Funktionsprüfungen von privaten Abwasserleitungen (Az.: 02-1600-81/15)
2109/2015

4.3 Bürgereingabe gem. § 24 GO, Dreharbeiten im Severinsviertel / Parkplatzprobleme (Az.: 02-1600-84/15)
2247/2015

4.4 Bürgereingabe gem. § 24 GO, KFZ-Zulassungsstelle (Az.: 02-1600-88/15)
2304/2015

4.5 Bürgereingabe gem. § 24 GO, Fernbusterminal Köln (Az.: 02-1600-55/15)
2038/2015

4.5.1 Änderungsantrag zum Top 4.5 "Bürgereingabe zum Fernbusterminal Köln"
AN/1327/2015

II. Nichtöffentlicher Teil

5 Mitteilungen

6 Anfragen

6.1 Mündliche Anfragen

6.2 Schriftliche Anfragen

7 Anregungen und Beschwerden nach § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

I. Öffentlicher Teil

1 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

2 Mitteilungen

2.1 Beantwortung einer mündlichen Anfrage, Hundefreilaufflächen 1770/2015

Kenntnis genommen.

3 Anfragen

3.1 Mündliche Anfragen

3.2 Schriftliche Anfragen

4 Anregungen und Beschwerden nach § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

4.1 Bürgereingabe gem. § 24 GO, Einrichtung von Wohnmobilstellplätzen unter- halb der Deutzer Brücke / Deutzer Werft (Az.: 02-1600-70/15) 2004/2015

Der Petent ist nicht erschienen.

Frau Zlonicky, Stadtplanungsamt, und Frau Siep, Amt für öffentliche Ordnung, stehen für Nachfragen zur Verfügung.

Die Fraktionen sprechen sich einmütig für den Beschlussvorschlag der Verwaltung aus.

Beschluss:

Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden dankt dem Petenten für seine Eingabe, spricht sich jedoch gegen eine Bebauungsplanänderung zur Einrichtung von kostenpflichtigen Wohnmobilstellplätzen unterhalb der Deutzer Brücke / Deutzer Werft aus.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

4.2 Bürgereingabe gem. § 24 GO, Funktionsprüfungen von privaten Abwasserlei- tungen (Az.: 02-1600-81/15) 2109/2015

Der Petent ist nicht erschienen.

Frau Diehm, Stadtentwässerungsbetriebe, steht für Nachfragen zur Verfügung.

Frau Paffen, SPD, Frau Aymaz, Grüne, Frau Sommer, CDU und Frau Domke, FDP, sprechen sich für die Verwaltungsvorlage aus.

Frau Akbayir, Linke, äußert Verständnis für das Anliegen des Petenten und stellt folgenden Änderungsantrag:

„Die Verwaltung möge prüfen, ob im Sinne des Petenten öffentliche und private Abwasserkanäle gemeinsam überprüft werden können.“

Mehrheitlich abgelehnt gegen Frau Akbayir, Linke

Beschluss:

Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden dankt dem Petenten für seine Eingabe, spricht sich jedoch gegen eine Änderung der Abwassersatzung aus.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt bei Enthaltung von Frau Akbayir, Linke

4.3 Bürgereingabe gem. § 24 GO, Dreharbeiten im Severinsviertel / Parkplatzprobleme (Az.: 02-1600-84/15) 2247/2015

Der Petent hat sich entschuldigt.

Frau Siep, Amt für öffentliche Ordnung, und Herr Berger, Medienstabsstelle, stehen für Nachfragen zur Verfügung.

Frau Siep erläutert die Genehmigungspraxis bei Drehanfragen. Sie weist den erhobenen Vorwurf der Vorteilsnahme deutlich zurück.

Herr Berger stellt die erhebliche Bedeutung der Medien für den Wirtschaftsstandort Köln dar.

Herr Dr. Höver, Bürgeramt Innenstadt, verweist auf die Vorberatung in der Bezirksvertretung Innenstadt hin und teilt mit, dass der von dem Petenten erhobene Vorwurf der Vorteilsnahme hier auf heftige Kritik gestoßen sei. Herr Bezirksbürgermeister Hupke habe diesen sehr deutlich zurückgewiesen.

Frau Paffen, SPD, weist den erhobenen Vorwurf ebenfalls zurück. Die SPD-Fraktion unterstütze den Medienstandort Köln. Nichtsdestotrotz sollten aber die Bedenken der Bürgerinnen und Bürger berücksichtigt werden. Einzelne Bereiche sollten nicht über Gebühr in Anspruch genommen werden. Sie fragt nach, ob es Möglichkeiten zur Entlastung der Bürgerinnen und Bürger gebe.

Frau Siep führt aus, dass die Verwaltung im Genehmigungsverfahren versuche, die Belastungen für die Bürgerinnen und Bürger so gering wie möglich zu halten. Aufgrund von Produktionserfordernissen lasse es sich aber leider nicht immer vermeiden, dass einzelne Bereiche öfters in Anspruch genommen werden. Laut Rechtsprechung seien bis zu 10 Drehtage im Jahr zumutbar.

Herr Erkelenz, CDU, fragt nach, ob die Genehmigungsgebühren tatsächlich nur 80 Euro betragen.

Frau Siep verweist auf die vom Rat der Stadt Köln erlassene Gebührensatzung.

Frau Dohmke, FDP, fragt nach, in welcher Form die Anwohnerinnen und Anwohner über Dreharbeiten informiert werden.

Frau Siep teilt mit, dass dies in der Regel durch die Produktionsfirmen über Wurfsendungen erfolge.

Herr Fischer, Grüne, verweist auf die Beratung in der Bezirksvertretung Innenstadt. Die Information der Anwohnerinnen und Anwohner solle so transparent und umfangreich wie möglich erfolgen, um die Folgen abzumildern. Er regt an, die Formulierung des Petenten im Beschlusstext zu rügen.

Frau Sommer, CDU, betont, dass ihre Fraktion ebenfalls den Medienstandort Köln unterstütze. Die Verwaltung möge prüfen, ob in Zusammenarbeit mit den Produktionsfirmen die Informationspolitik verbessert werden kann. Sie fragt nach, ob über die erwähnten 10 Drehtage hinaus weitere Genehmigungen erteilt würden.

Frau Siep verneint dies.

Aufgrund des Beratungsverlaufs schlägt Herr Schneider, SPD, folgenden ergänzten Beschlusstext vor:

„Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden dankt dem Petenten für seine Eingabe. Der Ausschuss unterstützt die Maßnahmen der Verwaltung, Köln weiterhin als einen herausragenden Medienstandort zu entwickeln. Der Ausschuss rügt die Formulierung des Petenten in seiner Eingabe. Der Vorwurf der Vorteilsnahme der Verwaltung wird deutlich zurückgewiesen.“

Beschluss:

Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden dankt dem Petenten für seine Eingabe. Der Ausschuss unterstützt die Maßnahmen der Verwaltung, Köln weiterhin als einen herausragenden Medienstandort zu entwickeln. Der Ausschuss rügt die Formulierung des Petenten in seiner Eingabe. Der Vorwurf der Vorteilsnahme der Verwaltung wird deutlich zurückgewiesen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

4.4 Bürgereingabe gem. § 24 GO, KFZ-Zulassungsstelle (Az.: 02-1600-88/15) 2304/2015

Die Petentin ist nicht erschienen.

Herr Schnieders, Amt für öffentliche Ordnung, steht für Nachfragen zur Verfügung.

Herr Schneider, SPD, führt aus, dass er die Beschwerde der Petentin aus eigener Erfahrung gut nachvollziehen könne. Die Vorgehensweise der Verwaltung erscheine ihm an dieser Stelle unverhältnismäßig. Der Besitz einer Betriebserlaubnis stehe nicht im Zusammenhang mit möglichen baulichen Veränderungen an einem zulassungsfreien Fahrzeug.

Herr Schnieders merkt an, dass die Ordnungsbehörde eine Betriebserlaubnis nur dann ausstellen könne, wenn das Fahrzeug in einem ordnungsgemäßen Zustand ist. Dies könne aber lediglich der TÜV bestätigen. Die Verwaltung versuche grundsätzlich immer die Verfahren für die Kunden so einfach wie möglich zu gestalten.

Frau Aymaz, Grüne, fragt nach, wie viele solcher Fälle es im Jahr gebe. Sie spricht sich für die Beschlussalternative aus.

Herr Schnieders teilt mit, dass sich die Fallzahlen im vierstelligen Bereich bewegen.

Frau Domke, FDP, fragt nach, aus welchen Gründen eidesstattliche Versicherungen nicht akzeptiert würden.

Herr Schnieders führt aus, dass sich die Ordnungsbehörde im Falle der Erteilung einer Betriebserlaubnis sicher sein muss, dass das Fahrzeug technisch in Ordnung ist.

Frau Sommer, CDU, spricht sich für die Beschlussalternative aus. Das jetzige Verfahren verlange den Bürgerinnen und Bürgern zu viel ab. Die Betriebserlaubnis sei keine Garantie dafür, dass das Fahrzeug im Nachhinein nicht technisch verändert werde.

Frau Paffen, SPD, gibt zu bedenken, dass PKW-Fahrer bei der Ausstellung einer Ersatzzulassung keine Vorstellung beim TÜV benötigen. Sollte zudem ein Halter eine falsche eidesstattliche Versicherung abgeben, liege die Verantwortung bei ihm.

Herr Schnieders teilt hierzu mit, dass der Halter bei der Ausstellung einer PKW-Ersatzzulassung den letzten TÜV-Bericht vorlegen müsse. Wenn dieser nicht mehr vorliege, muss der Halter in diesen Fällen sein Fahrzeug ebenfalls beim TÜV vorführen.

Aufgrund der Diskussion lässt Herr Schneider, SPD, über die Beschlussalternative abstimmen.

Beschluss:

Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden dankt der Petentin für ihre Eingabe und spricht sich dafür aus, dass die Verwaltung zukünftig auch Versicherungen an Eides Statt zur Erlangung einer Ersatzbetriebserlaubnis für zulassungsfreie Fahrzeuge akzeptiert.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

4.5 Bürgereingabe gem. § 24 GO, Fernbusterminal Köln (Az.: 02-1600-55/15) 2038/2015

Der Petent ist nicht erschienen.

Herr Rothe, Amt für Straßen und Verkehrstechnik, steht für Nachfragen zur Verfügung. Er teilt mit, dass die Verwaltung die im Änderungsantrag angeregte Prüfung im Vorfeld der Verlegung bereits durchgeführt habe. Die vorgeschlagenen Standorte scheiden mangels Platz im öffentlichen Raum aus. Des Weiteren seien die Anbindungen an das Autobahnnetz nicht optimal. Da zahlreiche Fernbusnutzer mit dem PKW zu den Haltestellen gebracht würden, sei auch eine ausreichende Anzahl von Parkplätzen notwendig.

Frau Akbayir, Linke, begründet den Änderungsantrag.

Frau Paffen, SPD, spricht sich für den Beschlussvorschlag der Verwaltung und gegen den Änderungsantrag aus.

Herr Erkelenz, CDU, betont, dass die in dem Änderungsantrag erwähnte Prüfung bereits stattgefunden habe. Er spricht sich ebenfalls für den Beschlussvorschlag der Verwaltung und gegen den Änderungsantrag aus.

Frau Aymaz, Grüne, merkt an, dass der Fahrplan und die Taktung des S-Bahn Anschlusses zum Flughafen im Zuge der Verlegung der Fernbushaltestelle geprüft werden sollten.

Frau Domke, FDP, weist auf den Dringlichkeitsantrag der FDP zu diesem Thema im Verkehrsausschuss hin. Sie spricht sich daher sowohl gegen die Verwaltungsvorlage als auch gegen den Änderungsantrag aus.

Herr Erkelenz, CDU, regt an die Vorlage ohne Votum in den Verkehrsausschuss zu verweisen.

Herr Fischer, Grüne, und Frau Paffen, SPD, sprechen sich für Abstimmung über die Eingabe aus.

Herr Erkelenz, CDU, kündigt aufgrund dessen die Enthaltung der CDU-Fraktion an.

Beschluss:

Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden dankt dem Petenten für seine Eingabe, spricht sich jedoch für die Verlegung des Fernbusterminals an den Flughafen Köln/Bonn aus.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich zugestimmt gegen Frau Akbayir, Linke, und Frau Domke, FDP, bei Enthaltung CDU.

**4.5.1 Änderungsantrag zum Top 4.5 "Bürgereingabe zum Fernbusterminal Köln"
AN/1327/2015**

Die Linke stellt folgenden Änderungsantrag:

Der Beschlussvorschlag der Verwaltung wird wie folgt ergänzt:

„Die Verwaltung prüft, an welchem innerstädtischen Ort mit sehr guter ÖPNV-Anbindung ein zusätzlicher Haltepunkt für Fernbuslinien eingerichtet werden kann, etwa am Breslauer Platz, am Bahnhof Mülheim oder am Bahnhof Ehrenfeld.“

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt gegen Frau Akbayir, Linke.

II. Nichtöffentlicher Teil

5 Mitteilungen

6 Anfragen

6.1 Mündliche Anfragen

6.2 Schriftliche Anfragen

**7 Anregungen und Beschwerden nach § 24 der Gemeindeordnung des Landes
Nordrhein-Westfalen**

Schneider
Vorsitzender

Schmitz
Schriftführer